

Bericht des Gemeinderats

Postulat Reto Nause (CVP) vom 2. November 2006: Steuermoratorium (06.000295)

In der Stadtratssitzung vom 7. Juni 2007 wurde das folgende Postulat von Reto Nause erheblich erklärt:

Ich fordere den Gemeinderat auf, seine Finanzplanung bis 5 Jahre nach Annahme dieses Postulats durch den Stadtrat auf den aktuellen oder einen allenfalls tieferen Steuerfuss auszurichten. Die Sanierung der Stadtfinanzen hat nicht über Steuererhöhungen, sondern vorab über ausgabenseitige Massnahmen zu erfolgen.

Begründung:

Nach wie vor ist der Wegzug guter Steuerzahler und damit der Verlust von Steuersubstrat für die Stadt Bern ein ungelöstes Problem. Sollte die Stadt ihre finanzpolitischen Schwierigkeiten über neue Einnahmen aus Steuern lösen wollen, würde sich dieser Prozess gar beschleunigen. Stabile oder tiefere Steuern für 5 Jahre sind für potentielle Neuzuzüger und Investoren ein wichtiges Argument.

Bern, 2. November 2006

Postulat Reto Nause (CVP), Daniel Lerch, Edith Leibundgut, Simon Glauser, Ueli Jaisli, Beat Gubser, Stephan Hügli-Schaad, Anastasia Falkner, Jacqueline Ganer Wasem, Beat Schori, Markus Kiener, Dieter Beyeler, Mario Imhof, Lydia Riesen-Welz, Karin Feuz-Ramseyer, Christian Wasserfallen

Bericht des Gemeinderats

Wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort vom 25. April 2007 dargelegt hat, war es sein Ziel, einen Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) vorzulegen, der weder eine Steuererhöhung noch ein Defizit beinhaltete. Zu erreichen war dieses Ziel nur dank den 2008 wirksam werdenden Haushaltverbesserungsmassnahmen im Ausmass von rund 21 Mio. Franken, da sich für die Stadt finanzielle Mehrbelastungen abzeichneten (Steuergesetzrevision, Auswirkungen NFA und Gesamtüberprüfung FILAG 2012). Sah der IAFP 2008 – 2011 noch Defizite vor, sind im IAFP 2009 – 2012 in den drei ersten Planjahren 2009 – 2011 keine mehr vorhanden. Desgleichen soll auf eine Verlängerung des Moratoriums bezüglich Abtragung der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge um weitere zwei Jahre verzichtet werden; ab 2009 sind vielmehr wieder Abschreibungen in zweistelliger Millionenhöhe in den Finanzplan aufgenommen worden.

Ziel des anstehenden Budgetierungsprozesses für 2009 (und den folgenden IAFP 2010 – 2013) ist es, wieder die ursprünglich vom Regierungsrat vorgesehenen jährlichen Abschreibungstranchen von 20,8 Mio. Franken vorzunehmen und so den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag raschmöglichst vollständig abzutragen. Eine allfällige Steuersenkung kann erst dann in den Finanzplan aufgenommen werden, wenn die Auswirkungen der eingangs erwähnten finanziellen Belastungen einerseits und die Wirksamkeit der Haushaltverbesserungsmassnahmen

men andererseits bekannt sind. Angewiesen ist die Stadt zudem auf eine weiterhin positive Entwicklung im Wirtschaftsraum Bern als Rahmenbedingung für den Erhalt der aktuellen Steuerbasis der juristischen Personen. Trotz einem positiven Zuwanderungssaldo ist nach wie vor ein Verlust an Steuersubstrat zu verzeichnen: Die Anzahl der ordentlich besteuerten natürlichen Personen (ohne Quellenbesteuerte) nahm 2007 um 207 Personen oder 0,2 % zu. Gegenüber 2004 bedeutet dies eine Zunahme von 608 Personen oder 0,7 %. Dieser Zunahme steht aber nach wie vor ein Verlust beim Steuerertrag aus Einkommen (Steuerertragssaldi zwischen zuziehenden und wegziehenden steuerpflichtigen natürlichen Personen) gegenüber. Er beträgt 2007 rund Fr. 2,5 Mio. oder 1,0 % des Steuerertrags aus Einkommen. Allein bei den steuerbaren Einkommen über Fr. 200 000.00 macht der Verlust rund 0,4 % aus.

Der Gemeinderat wird dem Stadtrat im Rahmen des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans 2010 – 2013 die Auswirkungen einer Steuersenkung auf die Ertrags- und Aufwandseite der Stadtrechnung vorstellen.

Bern, 26. März 2008

Der Gemeinderat